

## Staatsrecht III

Bezüge des Grundgesetzes zum Völker- und Europarecht

Bearbeitet von  
Von Prof. Dr. Rudolf Geiger

7. Auflage 2018. Buch. XXXIV, 384 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 406 72318 6  
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht > Staatsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Kurzlehrbücher  
für das juristische Studium

Geiger  
Staatsrecht III

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Staatsrecht III

## Bezüge des Grundgesetzes zum Völker- und Europarecht

Ein Studienbuch

von

**Dr. jur. Rudolf Geiger**

o. Professor (em.) an der Universität Leipzig

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

7., überarbeitete Auflage, 2018

C.H.BECK 



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 978 3 406 72318 6

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG/Druckhaus Nomos

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

*Für Marianne*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort zur 7. Auflage

Die zunehmende Verdichtung der internationalen Beziehungen führt für den einzelnen Staat zu einer Vielfalt von „Gemengelage“ internationaler und nationaler Rechtsnormen, die im konkreten Fall Geltung beanspruchen. Hinzu tritt in Europa die Besonderheit des supranationalen „Staatenverbunds“ der Europäischen Union, der die Mitgliedstaaten – darunter die Bundesrepublik Deutschland – in eine zusätzliche Rechtsordnung „eigener Art“ einbindet.

Dieses Lehrbuch will einen systematischen Überblick über die Probleme geben, die sich beim Aufeinandertreffen und Ineinandergreifen der verschiedenen Rechtsordnungen – Verfassungsrecht, Völkerrecht, Europarecht – stellen. Dabei müssen auch Grundlagenkenntnisse des Völkerrechts und des Europarechts vermittelt werden. Nur so lassen sich die Bezüge der deutschen Rechtsordnung zum Völker- und Europarecht adäquat darstellen.

Für diese Bezüge, die – ausdrücklich oder implizit – zum Pflichtstoff der juristischen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zählen, hat sich die Bezeichnung „Staatsrecht III“ eingebürgert. Deshalb erscheint das vorliegende Lehrbuch in dieser Neuauflage nunmehr unter diesem Titel.

Seit der letzten Auflage haben sich wieder einige für den Themenbereich des Lehrbuchs bedeutsame Entwicklungen ergeben. Dazu zählen insbesondere die europarechtliche Ausarbeitung der Grundlagen des Asyl- und Flüchtlingsrechts, die Reaktion auf die offensichtliche Missachtung grundlegender Werte der Europäischen Union durch einige Mitgliedstaaten sowie der Austritt Großbritanniens aus der Union („Brexit“). In Bezug auf das Völkerrecht war auf die Rolle möglicher Cyberangriffe und auf die Frage nach der „Schutzverantwortung“ bei der Bekämpfung schwerer Menschenrechtsverbrechen einzugehen.

Die komplizierte Rechtslage Deutschlands in der Zeit der Teilung wird weiterhin wenigstens in ihren Grundlagen dargestellt. Deren Kenntnis erscheint mir für das Verständnis vieler Diskussionen um die gegenwärtige Stellung Deutschlands in seinem internationalen Umfeld unentbehrlich. Ihre Betrachtung mag darüber hinaus die Einsicht stärken, dass der gegenwärtige Zustand eines freien Deutschland in einer europäischen Friedensordnung sich nicht von selbst versteht.

Für ihre jederzeit verständnisvolle und geduldige Betreuung danke ich meinem Verlagslektor Herrn Dr. Johannes Wasmuth und seiner Mitarbeiterin Frau Ursula Hasenkopf.

*Last but not least* danke ich für ihr stets teilnehmendes Interesse und ihre Fürsorge ganz besonders meiner Frau. Ihr sei dieses Buch gewidmet.

Germering, im Oktober 2017

*Rudolf Geiger*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Lehrbücher zu den Bezügen des Staatsrechts zum Völkerrecht und Europarecht .....	XXXIII

## 1. Teil. Grundlegung

<b>1. Kapitel. Grundgesetz und „offene Staatlichkeit“</b> .....	1
§ 1. Das Staatsziel der „offenen Staatlichkeit“ .....	1
§ 2. Die Verankerung der „offenen Staatlichkeit“ im Grundgesetz .....	2
§ 3. Die Bezüge des Staatsrechts zum Völker- und Europarecht .....	3

## 2. Kapitel. Völkerrecht als Recht der internationalen Staatengemeinschaft

§ 4. Der Begriff des Völkerrechts .....	4
I. Die Definition .....	4
II. Begriffliche Abgrenzungen .....	5
1. Das interne Recht internationaler Organisationen .....	5
2. Das innerstaatliche „internationale Recht“ .....	6
3. Die quasi-völkerrechtlichen Verträge .....	7
§ 5. Besonderheiten des Völkerrechts .....	7
I. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsetzung .....	8
II. Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsdurchsetzung .....	8
III. Rechtsnatur und Effektivität .....	9
§ 6. Strukturen des Völkerrechts .....	10
I. Stufen der Völkerrechtsordnung .....	10
II. Recht der Koexistenz, der Kooperation, der Legitimität .....	11
III. Universelles und regionales Völkerrecht .....	12
1. Universelles Völkerrecht .....	12
2. Regionales Völkerrecht .....	13
§ 7. Völkerrecht und staatliches Recht .....	14
I. Dualismus und Monismus .....	14
1. Die unterschiedlichen Konzepte .....	14
2. Der Bedeutungswandel des Theorienstreits .....	15
II. Die Konzeption des Grundgesetzes .....	15

<b>3. Kapitel. Europarecht als Recht der europäischen Integration</b> .....	16
§ 8. Die europäischen Einigungsbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg .....	16
§ 9. Föderalistische Einigungsversuche .....	17
I. Der Europarat .....	17
1. Die Gründung des Europarats .....	17
2. Aufgabe, Organisation und Befugnisse .....	18
II. Die fehlgeschlagene Europäische Politische Gemeinschaft .....	19
§ 10. Der Weg zur Europäischen Union .....	19
I. Der Anstoß zur „supranationalen“ Integration .....	19

1.	Der Schuman-Plan von 1950	19
2.	Die beiden Grundprinzipien der europäischen Integration	20
a)	„Supranationalität“ als Baugesetz	20
b)	Die „Méthode Jean Monnet“ als Entwicklungsprinzip	21
II.	Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)	21
1.	Der Vertragsgegenstand	21
2.	Der einheitliche Wirtschaftsraum	21
3.	Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten	22
4.	Die Ergänzung um neue Politikbereiche	22
III.	Die Entwicklung zur Europäischen Union	22
1.	Die Europäische Politische Zusammenarbeit	22
2.	Die Gründung der Europäischen Union	23
3.	Revisionsverträge und Beitritt neuer Mitgliedstaaten	24
4.	Das Projekt einer grundlegenden Neugestaltung	25
5.	Die Reform von Lissabon	26
a)	Unionsverträge und Union	26
b)	Die Struktur der Union	27
§ 11.	Die verfassungsrechtliche Verankerung der Europäischen Union	28
I.	Die verfassungsrechtliche Ermächtigung zur europäischen Integration	29
1.	Die Zweifel am Umfang der ursprünglichen Ermächtigung	29
2.	Der neue Artikel 23 GG	29
II.	Die Diskussion um „Maastricht“ und „Lissabon“	30
1.	Der Anlaß der Diskussion	30
2.	Die Argumente der Vertragsgegner	30
3.	Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	30
4.	Das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	31

## 2. Teil. Das Recht der Völkerrechtssubjekte und die völkerrechtliche Lage Deutschlands

<b>4. Kapitel. Die Subjekte des Völkerrechts</b>	33
§ 12. Begriff und Arten der Völkerrechtssubjekte	33
I. Der Begriff des Völkerrechtssubjekts	33
II. Die Arten der Völkerrechtssubjekte	33
1. Der Staat als Völkerrechtssubjekt	33
2. Staatenverbindungen und andere Völkerrechtssubjekte	34
§ 13. Der Staat im Sinne des Völkerrechts	34
I. Der Begriff des Staats	34
1. Die völkerrechtliche Staatsdefinition	34
2. Die einzelnen Staatselemente	35
a) Das Staatsvolk	35
b) Das Staatsgebiet	35
c) Die Staatsgewalt	35
d) Die Souveränität	35
3. Der Grundsatz der Effektivität	36
II. Entstehung und Untergang von Staaten	37

1.	Die Entstehung von Staaten	37
a)	Formen der Staatsentstehung	37
b)	Völkerrechtliche Regeln der Staatsentstehung	38
2.	Der Untergang von Staaten	39
a)	Formen des Staatsuntergangs	39
b)	Völkerrechtliche Regeln des Staatsuntergangs	39
III.	Die Anerkennung des Staats im Sinne des Völkerrechts	39
1.	Begriff und Gegenstand der Anerkennung	39
2.	Die völkerrechtliche Wirkung der Anerkennung	40
§ 14.	Staatsähnliche Völkerrechtssubjekte	41
I.	Das lokale de-facto-Regime	41
1.	Der Begriff des lokalen de-facto-Regimes	41
2.	Die völkerrechtliche Stellung des lokalen de-facto-Regimes	41
II.	Die Völkerrechtsfähigkeit von Staatsteilen	41
1.	Die Teilnahme von Staatsteilen am Völkerrechtsverkehr	42
2.	Der „Staat im Sinne des Staatsrechts“	42
<b>5. Kapitel.</b>	<b>Der völkerrechtliche Status Deutschlands</b>	<b>43</b>
§ 15.	Der deutsche Staat bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	43
I.	Die Identität Deutschlands bis zur bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945	43
II.	Die Grenzen des Deutschen Reichs	44
1.	Deutschland in den Grenzen nach dem Stande vom 31. Dezember 1937	44
2.	Territoriale Veränderungen nach dem 31. Dezember 1937	44
a)	Österreich	44
b)	Das Sudetenland	45
c)	Das „Protektorat Böhmen und Mähren“	47
d)	Das Memelgebiet	47
e)	Die Freie Stadt Danzig	47
§ 16.	Viermächte-Status und Teilung Deutschlands	48
I.	Die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Siegermächte	48
1.	Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945	48
2.	Die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945	48
II.	Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland	49
1.	Das Grundgesetz als vorläufige Verfassung	49
2.	Das Besatzungsstatut	50
3.	Die weitere Verselbständigung der Bundesrepublik Deutschland durch die Pariser Verträge 1954	51
a)	Das Pariser Vertragswerk.	51
b)	Der Deutschlandvertrag (Generalvertrag).	51
III.	Die Deutsche Demokratische Republik	52
1.	Die Gründung der DDR	52
2.	Der Vertrag über die Beziehungen der Sowjetunion zur DDR vom 20. September 1955	52
IV.	Die Politik der gegenseitigen Annäherung	53
1.	Die „neue Ostpolitik“	53

2.	Auswirkung auf den Status Deutschlands	54
3.	Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972	54
V.	Die Auffassungen zum völkerrechtlichen Status Deutschlands	55
1.	„Deutschland als Ganzes“	55
a)	Der Theorienstreit	55
b)	Die Auffassungen der deutschen Völkerrechtspraxis	56
2.	Der völkerrechtliche Status Berlins	59
a)	Der Viermächte-Status Berlins	59
b)	Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Berlin	59
3.	Der Status der Gebiete jenseits von Oder und Neiße	61
a)	Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie	61
b)	Die Auffassung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland	63
§ 17.	Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	63
I.	Allgemeines	64
1.	Die „friedliche Revolution“ von 1989	64
2.	Wege der Wiedervereinigung	64
3.	Überblick	65
II.	Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland	65
1.	Die maßgeblichen Rechtsakte	65
a)	Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion	65
b)	Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990	66
2.	Die Rechtswirkung des Einigungsvertrags	67
a)	Völkerrechtliche Wirkung	67
b)	Innerstaatliche Wirkung	67
III.	Der Zwei-plus-Vier-Vertrag	69
1.	Zweck und Zustandekommen	69
2.	Die Beendigung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten	69
3.	Völkerrechtliche Pflichten Deutschlands	70
a)	Staatsgebiet und Grenzen	70
b)	Sicherheitspolitische Bestimmungen	71
4.	Brief der deutschen Außenminister	72

### 3. Teil. Völkerrechtliche Rechtserzeugung und Verfassungsrecht

<b>6. Kapitel. Die völkerrechtlichen Rechtsquellen</b>	73
§ 18. Begriff und Arten völkerrechtlicher Rechtsquellen	73
I. Der Begriff der Rechtsquelle	73
II. Die Arten der völkerrechtlichen Rechtsquellen	73
1. Die Trias des Artikel 38 Abs. 1 IGH-Statut	73
2. Sekundäre Völkerrechtsquellen	74
§ 19. Das Völkergewohnheitsrecht	75
I. Der Begriff des Völkergewohnheitsrechts	75
II. Die Staatenpraxis	76
1. Die Organe der Staatenpraxis	76
2. Die Akte der Staatenpraxis	77
3. Der persönliche Umfang der Staatenpraxis	77
4. Die Dauer der Staatenpraxis	78

III. Die Rechtsüberzeugung (opinio iuris) . . . . .	78
IV. Die Ermittlung konkreter gewohnheitsrechtlicher Regeln . . . . .	79
1. Das Problem . . . . .	79
2. Die klassischen Hilfsmittel: Gerichtsentscheidungen und Lehrmeinungen . . . . .	79
a) Entscheidungen internationaler Gerichte . . . . .	80
b) Die Lehrmeinungen völkerrechtlicher Autoren . . . . .	80
3. Die neuen Hilfsmittel: Resolutionen von Staatenkonferenzen und internationalen Organisationen . . . . .	81
§ 20. Der völkerrechtliche Vertrag . . . . .	82
I. Begriff und Abgrenzung . . . . .	82
1. Der Begriff des völkerrechtlichen Vertrags . . . . .	82
2. Die Völkerrechtsfähigkeit der Vertragsparteien . . . . .	82
3. Die Begründung völkerrechtlicher Rechte und Pflichten . . . . .	83
II. Die vertragliche Kodifikation von Völkerrecht . . . . .	83
§ 21. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Kulturnationen . . . . .	84
I. Der Begriff . . . . .	84
II. Die Bedeutung der Grundsätze . . . . .	85
§ 22. Die Rechtsetzung durch internationale Organisationen . . . . .	85
I. Beschlüsse internationaler Organisationen als sekundäre Rechtsquellen . . . . .	85
II. Die Arten der Beschlüsse internationaler Organisationen . . . . .	87
1. Organisationsinterne Regelungen . . . . .	87
2. Außengerichtete Regelungen . . . . .	87
a) Beschlüsse mit unmittelbarer Bindungswirkung . . . . .	87
b) „Gemischte“ Rechtsetzungsverfahren . . . . .	88
c) Die Empfehlungswirkung bei Fehlen einer besonderen Regelung . . . . .	88
<b>7. Kapitel. Das Recht der Verträge . . . . .</b>	<b>89</b>
§ 23. Die Quellen des Rechts der Verträge . . . . .	89
§ 24. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge . . . . .	90
I. Die Willenseinigung der Vertragsparteien . . . . .	90
II. Die zur Abgabe einer Vertragserklärung befugten Organe . . . . .	90
III. Die Stadien des Vertragsschlusses . . . . .	90
1. Das einphasige Verfahren . . . . .	90
2. Das mehrphasige (zusammengesetzte) Verfahren . . . . .	90
a) Die Festlegung des Vertragstextes . . . . .	91
b) Die Herbeiführung der Vertragsbindung . . . . .	91
IV. Die Registrierung des Vertrags . . . . .	92
V. Vorbehalte beim Vertragsschluss . . . . .	93
1. Der Begriff des Vorbehalts . . . . .	93
2. Die Regelung des Vorbehalts bei multilateralen Verträgen im Wiener Vertragsrechtsübereinkommen (1969) . . . . .	95
a) Die Zulässigkeit eines Vorbehalts . . . . .	95
b) Die Wirkung des zulässigen Vorbehalts . . . . .	95
c) Die Wirkung des unzulässigen Vorbehalts . . . . .	96
d) Die Rücknahme des Vorbehalts . . . . .	97

§ 25.	Die Mängel des Vertragsschlusses	97
	I. Das Problem der Vertragsschlussfähigkeit	97
	II. Die Verletzung verfassungsrechtlicher Vorschriften eines Vertragspartners	98
	III. Willensmängel	99
	1. Anfechtungsgründe	100
	2. Nichtigkeitsgründe	100
	IV. Die Rechtswidrigkeit des Vertragsgegenstandes:	
	das völkerrechtliche ius cogens	101
	1. Der Begriff des „zwingenden Völkerrechts“	101
	2. Die Problematik des ius cogens	101
	3. Vertragliches ius cogens?	102
§ 26.	Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge	102
	I. Die allgemeine Grundregel	103
	1. Die Auslegungsvorschrift des Art. 31 Abs. 1 des Wiener Vertragsrechtsübereinkommens (1969)	103
	2. Der Vertragskontext als Grundlage der Auslegung	103
	II. Ergänzende Auslegungsmittel	104
	III. Die Auslegung mehrsprachiger Verträge	104
	1. Mehrsprachige Vertragstexte	104
	2. Besondere Auslegungsregeln	104
§ 27.	Die Beendigung von Verträgen	104
	I. Im Vertrag vorgesehene Beendigungsgründe	104
	II. Die nachträgliche Unmöglichkeit der Erfüllung	105
	III. Der Rücktritt vom Vertrag	105
	1. Rücktritt wegen einer schweren Vertragsverletzung	105
	2. Rücktritt wegen einer wesentlichen Änderung der Umstände	105
	IV. Die Beendigung des Vertragsverhältnisses wegen Kriegsausbruchs	106
	V. Die Beendigung eines Vertrags im Falle des Untergangs einer Vertragspartei	106
<b>8. Kapitel. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Schaffung von Völkerrechtsnormen</b>		
§ 28.	Die auswärtige Gewalt	107
	I. Der Begriff der auswärtigen Gewalt	107
	II. Auswärtige Gewalt und Gewaltenteilung	109
	III. Die Beschränkung der auswärtigen Gewalt durch Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen	109
§ 29.	Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	110
	I. Die Kompetenz des Bundes	110
	1. Die grundsätzliche Regelung	110
	2. Die Pflicht zur Anhörung besonders betroffener Bundesländer	112
	II. Die Landeskompentenz	112
	1. Die Regelung in Art. 32 Abs. 3 GG	112
	a) Die Landeskompentenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge	112
	b) Das Erfordernis der Zustimmung der Bundesregierung	114

	c) Das Problem einer konkurrierenden Vertragskompetenz des Bundes .....	114
	2. Die „Lindauer Absprache“ vom 14. November 1957 .....	116
§ 30.	Die Kompetenzverteilung im Rahmen der auswärtigen Gewalt des Bundes .....	117
	I. Die Vertretungsbefugnis .....	117
	1. Die Vertretung durch den Bundespräsidenten .....	117
	2. Die Delegation der Vertretungsbefugnis .....	118
	II. Die Entscheidungsbefugnis .....	118
	1. Die Zuständigkeit der Exekutive .....	118
	2. Die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften .....	119
	a) Der Gegenstand der Mitwirkung .....	119
	b) Der Inhalt des Mitwirkungsrechts .....	121
	c) Die vorweggenommene Ermächtigung .....	122
	d) Mitwirkung bei Änderungsverträgen .....	122
§ 31.	Inbesondere: die zustimmungsbedürftigen Verträge .....	123
	I. Die in Art. 59 Abs. 2 GG genannten Verträge .....	123
	1. Die „politischen“ Verträge .....	123
	2. Die „gesetzesinhaltlichen“ Verträge .....	123
	a) Die Bezugnahme auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung .....	123
	b) Ausschluss verfassungsändernder Verträge .....	124
	c) Verträge im Rahmen einer Verordnungsermächtigung .....	124
	d) Das Problem der Parallelabkommen .....	125
	3. Die Verwaltungsabkommen des Bundes .....	125
	a) Der Begriff des Verwaltungsabkommens im Sinne des Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG .....	125
	b) Die Mitwirkung des Bundesrats .....	126
	II. Die Übertragung von Hoheitsrechten (Art. 24 Abs. 1 GG) .....	126
	1. Die Verfassungsentscheidung für die „supranationale Integration“ .....	126
	2. Die verwendeten Begriffe im Einzelnen .....	127
	3. Die Mitwirkung der Legislative .....	128
	4. Sonderfragen .....	129
	III. Die Friedensregelung .....	131
	IV. Problematische Fälle .....	131
	1. Gebietsabtretung und Grenzregelung .....	131
	2. Verträge, die den Haushalt betreffen .....	132
§ 32.	Die richterliche Kontrolle der auswärtigen Gewalt .....	133
	I. Auswärtige Gewalt und „gerichtsfreier Hoheitsakt“ .....	133
	1. Die Lehre vom gerichtsfreien Hoheitsakt .....	133
	2. Grundgesetz und gerichtliche Kontrolle .....	134
	II. Materiellverfassungsrechtliche Bindungen der auswärtigen Gewalt .....	134
	1. Staatszielbestimmungen und Verfassungsgrundsätze .....	135
	a) Die Grundsätze im Einzelnen .....	135
	b) Die Wirkung der Leitgrundsätze .....	135
	2. Die Achtung der Grundrechte .....	136
	a) Die Reichweite der Grundrechte .....	136

b) Die der deutschen Staatsgewalt zurechenbaren Maßnahmen	136
c) Einschränkungen der Grundrechtsbindung	137
III. Verfassungsgerichtliche Kontrollverfahren	139
1. Abstrakte Normenkontrolle und Organstreitigkeiten	139
a) Verfassungsgerichtliche Kontrolle völkerrechtlicher Verträge	139
b) Verfassungsgerichtliche Kontrolle anderer Akte der auswärtigen Gewalt	139
2. Die Verfassungsbeschwerde	140
3. Die konkrete Normenkontrolle	141
4. Völkerrechtliche Folgen	141
IV. Die richterliche Inzidentprüfung von Akten der auswärtigen Gewalt	141

#### **4. Teil. Die Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland**

##### **9. Kapitel. Grundsätzliche Probleme der Einbeziehung**

###### **von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich** . . . . . 143

§ 33. Die Typen staatlicher Regeln zur Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	143
I. Das Problem	143
II. Typische Formen der Einbeziehung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	144
1. Die Transformation	144
2. Die Adoption (Inkorporation)	144
3. Die Vollzugslehre	144
§ 34. Einzelfragen der Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	145
I. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	145
1. Die Begriffsbestimmung	145
2. Das Verhältnis von innerstaatlicher Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit	146
II. Die Rangfrage	146

##### **10. Kapitel. Die Übernahme völkerrechtlicher Normen in die deutsche Rechtsordnung** . . . . . 147

§ 35. Die Übernahme der allgemeinen Regeln des Völkerrechts in den innerstaatlichen Bereich	147
I. Die Übernahmevorschrift des Art. 25 GG	147
II. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts	147
1. Die Rechtsquelle der allgemeinen Regeln	147
a) Das Problem	147
b) Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	148
2. Die Allgemeinheit der Regeln des Völkerrechts	148
3. Die Stufen der Ermittlung konkreter Normen in der Praxis	150
III. Die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln als Bestandteil des Bundesrechts	151
1. Transformation oder Adoption?	151

2. Beschränkung auf die Übernahme „unmittelbar anwendbarer“ Normen? .....	151
IV. Der Rang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich .....	152
1. Das Verhältnis zur Verfassung .....	152
2. Die Meinungen .....	153
3. Ergebnis .....	153
V. Die verfassungsgerichtliche Sicherung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts im innerstaatlichen Bereich .....	154
1. Die Feststellung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts . . . .	154
a) Die Normenverifikation durch das Bundesverfassungsgericht .....	154
b) Die einzelnen Voraussetzungen der Vorlagepflicht .....	154
c) Die Rechtsfolge der Verifikation .....	155
2. Der verfassungsgerichtliche Individualrechtsschutz bei Missachtung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts .....	155
§ 36. Die Übernahme völkerrechtlichen Vertragsrechts in den innerstaatlichen Bereich .....	156
I. Die Übernahmevorschrift .....	156
II. Die Regelung für politische und gesetzesinhaltliche Verträge (Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG) .....	157
1. Die Doppelfunktion des Vertragsgesetzes .....	157
2. Transformation oder Vollzug? .....	157
3. Innerstaatliche Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit . . . .	159
a) Das Verhältnis von innerstaatlicher Geltung und unmittelbarer Anwendbarkeit .....	159
b) Die Bestimmung der unmittelbaren Anwendbarkeit eines Vertrages .....	160
4. Der Rang der Vertragsregelung im innerstaatlichen Bereich . . .	162
III. Die Einbeziehung von Verwaltungsabkommen und bindenden Beschlüssen zwischenstaatlicher Einrichtungen in den innerstaatlichen Bereich .....	163
1. Verwaltungsabkommen .....	163
2. Bindende Beschlüsse zwischenstaatlicher Einrichtungen .....	163
IV. Die Einbeziehung von Verträgen des Bundes über Gegenstände der ausschließlichen Länderzuständigkeit .....	164
V. Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Bereich .....	164
1. Die maßgeblichen Auslegungskriterien .....	164
2. Der maßgebliche Vertragstext .....	164
3. Die Auslegungsvereinbarung .....	165
§ 37. Die Einwirkung übertragener Hoheitsrechte in den innerstaatlichen Bereich .....	166
I. Artikel 24 Abs. 1 GG als „Integrationshebel“ .....	166
II. Die Öffnung des innerstaatlichen Bereichs .....	166
1. Die Adoptionslehre .....	166
2. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Öffnung des innerstaatlichen Bereichs .....	167

a)	Der Schutz der Grundstruktur der Verfassung	167
b)	Das Gebot der ausreichenden Bestimmtheit	168
c)	Die Sicherung der verfassungsrechtlichen Grenzen	168
III.	Der Rang des „supranationalen“ Rechts im innerstaatlichen Bereich	170
1.	Die Rangregel	170
2.	Die Anerkennung des Vorrangs durch Art. 24 Abs. 1 GG	171
3.	Die verfassungsgerichtliche Sicherung der vorrangigen Anwendung des supranationalen Rechts	171
§ 38.	Die sonstige Einwirkung von Völkerrecht in den innerstaatlichen Bereich	171
I.	Spezielle Übernahmen und Verweisungen	172
II.	Der Grundsatz der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	172
III.	Die Berücksichtigung von „Soft Law“	173

## 5. Teil. Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union

<b>11. Kapitel.</b>	<b>Die Grundlagen der Europäischen Union</b>	175
§ 39.	Die „neue Stufe“ einer „immer engeren Union“	175
I.	Die Grundlagenvverträge	175
II.	Besonderheiten der Verträge	176
1.	Rechtsnatur der Verträge	176
2.	Auslegung	177
3.	Zurückbleiben und Verstärkte Zusammenarbeit	178
4.	Vertragsänderung	179
5.	Beitritt neuer Mitgliedstaaten	180
a)	Regelung auf Unionsebene (Art. 49 EUV)	180
b)	Regelung auf verfassungsrechtlicher Ebene	180
6.	Vertragsdauer	181
§ 40.	Die Unionsbürgerschaft	182
I.	Allgemeines	183
II.	Unionsbürger	183
III.	Rechte und Pflichten	183
1.	Überblick	183
2.	Aufenthalt im Unionsgebiet	184
3.	Kommunalwahlrecht	184
4.	Wahl zum Europäischen Parlament	184
5.	Schutz des Unionsbürgers in Drittstaaten	185
§ 41.	Die Verfassungsprinzipien der Union	185
I.	Grundwerte	185
II.	Grundrechte	187
1.	Überblick	187
2.	Die Charta der Grundrechte	188
III.	Die demokratische Legitimation der Union	189
1.	Bestimmungen über demokratische Grundsätze	190
2.	Demokratie und zwischenstaatliche Einrichtung	190
3.	Die beiden Legitimationstränge	191

4.	Ein „demokratisches Defizit“? .....	192
5.	Die unmittelbare Beteiligung der <i>nationalen</i> Parlamente .....	193
§ 42.	Die Ziele der Union .....	195
I.	Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	195
1.	Zweck .....	195
2.	Aufgabenbereiche .....	195
II.	Die Errichtung eines Binnenmarkts einschließlich seiner sozialen und kulturellen Aspekte .....	196
III.	Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist .....	196
IV.	Die Grundsätze der Außenbeziehungen einschließlich einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) .....	197
<b>12. Kapitel.</b>	<b>Organe und Tätigkeit der Europäischen Union</b> .....	<b>198</b>
§ 43.	Der organisatorische Aufbau .....	198
I.	Allgemeines .....	199
1.	Haupt- und Nebenorgane .....	199
2.	Das institutionelle Gleichgewicht .....	199
II.	Der Europäische Rat .....	200
III.	Der Rat .....	200
1.	Allgemeines .....	201
2.	Die Beschlussfassung im Rat .....	202
3.	Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten .....	202
4.	Die Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat im Entscheidungsprozess des Rates .....	203
a)	Die europäische Innenpolitik .....	203
b)	Rechte des Bundestages .....	203
c)	Rechte der Länder .....	203
IV.	Das Europäische Parlament .....	205
1.	Allgemeines .....	205
2.	Gesetzgebungsbefugnisse .....	205
3.	Politische Wahl- und Kontrollrechte .....	206
4.	Zusammensetzung .....	206
5.	Wahlverfahren .....	207
V.	Die Kommission .....	207
1.	Zusammensetzung .....	207
2.	Aufgaben .....	208
3.	Wahl der Kommission .....	208
VI.	Der Europäische Gerichtshof .....	209
1.	Das Gerichtssystem .....	209
2.	Die Zusammensetzung des Gerichtshofs .....	209
3.	Die Aufgaben des Gerichtshofs .....	210
VII.	EZB und Rechnungshof .....	210
§ 44.	Die Rechtsakte der Union .....	211
I.	Die Grundlagen .....	211
1.	Stufen des Unionsrechts .....	211
2.	Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	212
a)	Verbands- und Organkompetenz .....	212

b) Die Grundregel	212
c) Die Möglichkeit der Kompetenzergänzung	212
d) Spezifizierte und unspezifizierte Rechtsakte	213
II. Die Rechtsakte gemäß Art. 288 AEUV im Einzelnen	213
1. Die Verordnung	213
2. Der Beschluss	213
3. Die Richtlinie	214
a) Begriff	214
b) Wirkungen	214
4. Empfehlung und Stellungnahme	216
§ 45. Die Kontrolle von Auslegung und Gültigkeit des Rechts der Union durch den EuGH	217
I. Das Vorabentscheidungsverfahren	217
1. Bedeutung	217
2. Vorlagefähige Fragen	218
3. Vorlageberechtigtes Gericht	218
4. Vorlagepflicht	218
5. Urteilswirkung	219
II. Die Nichtigkeitsklage	219
1. Gegenstand der Klage	220
2. Die Klagebefugnis	220
3. Die Klagegründe	221
4. Die Klagefrist	221
5. Die Urteilsfolgen	221
III. Die Untätigkeitsklage	221
IV. Die Amtshaftungsklage	222
<b>13. Kapitel. Unionsetzgebung und Mitgliedstaaten</b>	<b>222</b>
§ 46. Modalitäten des Kompetenzverhältnisses	222
I. Allgemeines	222
II. Ausschließliche Kompetenz der Union	223
III. Geteilte Kompetenz	223
IV. Parallele Kompetenz	224
V. Ausnahmen zugunsten mitgliedstaatlicher Handlungsbefugnisse	224
§ 47. Schranken der Unionskompetenzen	224
I. Das Prinzip der Subsidiarität	224
1. Der Subsidiaritätsgedanke	225
2. Die Regelung in den Verträgen	225
II. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit	226
III. Die gerichtliche Überprüfung	226
<b>14. Kapitel. Europäisches Unionsrecht im staatlichen Rechtsraum</b>	<b>227</b>
§ 48. Geltung, Anwendbarkeit und Vorrang des Unionsrechts	228
I. Die innerstaatliche Geltung des Unionsrechts	228
II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Unionsrecht	228
1. Die unionsrechtliche Unterscheidung	228
2. Die unmittelbare Anwendbarkeit	228
3. Das nicht unmittelbar anwendbare Unionsrecht	229

III.	Der Vorrang des Unionsrechts .....	230
1.	Grundlage .....	230
2.	Inhalt .....	231
a)	Allgemeines .....	231
b)	Anwendungsvorrang .....	231
IV.	Die Sicherung von Anwendung und Vorrang des Unionsrechts ..	231
1.	Das unionsrechtliche Vertragsverletzungsverfahren .....	231
2.	Die Verfassungsbeschwerde .....	232
3.	Staatshaftung .....	233
§ 49.	Grenzen von innerstaatlicher Geltung und Vorrang des Unionsrechts ..	234
I.	Grundsatz .....	234
1.	Die Auffassung des EuGH .....	234
2.	Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts .....	235
a)	Der mitgliedstaatliche Schutzbereich .....	235
b)	Identitäts- und Ultra-vires-Kontrolle .....	236
II.	Kontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht .....	236
1.	Bundesverfassungsgerichtlicher Verfahrensvorbehalt .....	236
2.	Rüge einer Grundrechtsverletzung .....	237
3.	Identitätskontrolle durch den deutschen Staatsbürger .....	238
§ 50.	Der Vollzug des Unionsrechts .....	238
I.	Grundsatz des „indirekten Vollzugs“ .....	238
II.	Einfluss auf das staatliche Recht .....	239

## 6. Teil. Die völkerrechtlichen Kompetenzbereiche

<b>15. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich im Raum</b> .....	241	
§ 51. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit .....	241	
§ 52. Das Staatsgebiet .....	242	
I.	Umfang und Grenzen des Staatsgebiets .....	242
1.	Der Umfang des Staatsgebiets .....	242
2.	Die Grenzen des Staatsgebiets .....	242
a)	Das Prinzip des „uti possidetis“ .....	242
b)	Grenzflüsse .....	242
c)	Grenzseen .....	243
3.	Die deutschen Grenzen .....	243
II.	Sonderregelungen im Interesse des internationalen Verkehrs .....	244
1.	Schiffsverkehr auf Flüssen .....	244
a)	Allgemeine Regeln .....	244
b)	Der Rhein .....	245
c)	Die Donau .....	246
d)	Die Mosel .....	246
e)	Die Elbe .....	246
f)	Oder und Lausitzer Neisse .....	247
g)	Der Main-Donau-Kanal .....	247
2.	Interozeanische Kanäle .....	247
III.	Maritime Eigengewässer .....	248
1.	Allgemeine Regeln .....	248
2.	Die Seehäfen .....	248

IV. Das Küstenmeer . . . . .	248
1. Der Begriff des Küstenmeeres . . . . .	248
2. Die Abgrenzung des Küstenmeeres . . . . .	249
3. Das völkerrechtliche Regime des Küstenmeeres . . . . .	250
a) Das Recht der friedlichen Durchfahrt . . . . .	250
b) Schranken der Hoheitsgewalt des Küstenstaats . . . . .	250
V. Der Luftraum . . . . .	251
§ 53. Territoriale Kompetenzen jenseits des Küstenmeeres . . . . .	252
I. Das UN-Seerechtsübereinkommen (1982) . . . . .	252
II. Der Festlandsockel . . . . .	253
1. Der Begriff des Festlandsockels . . . . .	253
2. Das Regime des Festlandsockels . . . . .	254
III. Anschluss- und Wirtschaftszonen . . . . .	254
1. Die Anschlusszone . . . . .	254
2. Die Ausschließliche Wirtschaftszone . . . . .	254
IV. Die Hohe See . . . . .	255
1. Der Begriff der Hohen See . . . . .	255
2. Die Freiheit der Hohen See . . . . .	255
3. Insbesondere: die Freiheit der Schifffahrt . . . . .	256
4. Der Tiefseeboden . . . . .	257
<b>16. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich hinsichtlich</b>	
<b>der Personen</b> . . . . .	257
§ 54. Die Staatsangehörigkeit . . . . .	257
I. Begriff und Abgrenzung . . . . .	257
1. Die Staatsangehörigkeit natürlicher Personen . . . . .	257
2. Die Staatszugehörigkeit . . . . .	258
3. Die Unionsbürgerschaft . . . . .	259
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit . . . . .	259
1. Die maßgebliche Rechtsordnung . . . . .	259
2. Völkerrechtliche Schranken des staatlichen Ermessens . . . . .	259
3. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit . . . . .	260
a) Der Erwerb mit der Geburt . . . . .	260
b) Der nachträgliche Erwerb . . . . .	260
4. Der Verlust der Staatsangehörigkeit . . . . .	261
5. Mehrstaater und Staatenlose . . . . .	261
§ 55. Die deutsche Staatsangehörigkeit . . . . .	262
I. Allgemeines . . . . .	262
II. Die Erwerbs- und Verlustgründe im Recht der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	262
1. Die Rechtsgrundlage . . . . .	262
2. Die Erwerbsgründe . . . . .	262
a) Erwerb mit der Geburt . . . . .	262
b) Einbürgerung . . . . .	263
3. Die Verlustgründe . . . . .	264
III. Der „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ . . . . .	265
1. Der Begriff des Deutschen gemäß Art. 116 Abs. 1 GG . . . . .	265
2. Die verfassungsrechtliche Stellung des „Deutschen“ . . . . .	266
3. Der Begriff des Statusdeutschen wird obsolet. . . . .	266

§ 56. Die Gewährung von Auslandsschutz . . . . .	266
I. Das Schutzrecht des Heimatstaats gegenüber dem fremden Staat . . . . .	267
1. Der Begriff des Auslandsschutzes . . . . .	267
2. Staatsangehörigkeitsrechtliche Probleme des Auslandsschutzes . . . . .	268
II. Das Recht des Staatsangehörigen gegenüber seinem Heimatstaat auf diplomatischen Schutz . . . . .	269
§ 57. Die Rechtsstellung des Fremden . . . . .	270
I. Die allgemeine Pflicht zur Wahrung des völkerrechtlichen Mindeststandards . . . . .	270
II. Fremdenrechtliche Regelungen im innerstaatlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	271
1. Rechtsquellen des Fremdenrechts . . . . .	271
2. Der Grundrechtsschutz zugunsten des Fremden . . . . .	272
a) Die Gewährleistung der Menschenrechte . . . . .	272
b) Das allgemeine Freiheitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG . . . . .	273
c) Der Gleichheitssatz . . . . .	273
d) Die Frage des Grundrechtsschutzes für ausländische juristische Personen . . . . .	274
3. Das Recht des Fremden auf Aufenthalt . . . . .	274
a) Das Erfordernis eines Aufenthaltstitels . . . . .	274
b) Die Beendigung des Aufenthaltsrechts . . . . .	275
c) Die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise . . . . .	276
III. Die Auslieferung . . . . .	276
1. Völkerrechtliche Aspekte . . . . .	277
a) Die Frage der Pflicht zur Auslieferung . . . . .	277
b) Die Einigung über die Auslieferung . . . . .	277
2. Das grundsätzliche Verbot der Auslieferung Deutscher . . . . .	277
3. Voraussetzungen und Schranken der Auslieferung . . . . .	278
4. Das Verfahren der Auslieferung . . . . .	280
IV. Das Recht auf Asyl . . . . .	280
1. Das Asylrecht im Völkerrecht . . . . .	280
2. Das Grundrecht auf Asyl im Grundgesetz . . . . .	281
a) „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ . . . . .	281
b) Die nachträglichen Qualifikationen des Grundrechts auf Asyl . . . . .	284
3. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) . . . . .	286
a) Ziel und Rechtsgrundlagen . . . . .	286
b) Die materiell-rechtliche Regelung der Qualifikationsrichtlinie . . . . .	287
4. Das Asylverfahren . . . . .	288
5. Die Schwächen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems . . . . .	289

**17. Kapitel. Der staatliche Kompetenzbereich zur Regelung grenzüberschreitender Sachverhalte . . . . . 290**

§ 58. Die Kompetenz zur Regelung von Sachverhalten mit Auslandsberührung . . . . .	290
I. Die grundsätzliche Regelung der Sachkompetenz . . . . .	290
II. Beispiele für eine „sinnvolle Anknüpfung“ . . . . .	291
1. Allgemeine Prinzipien . . . . .	291
2. Anknüpfungskriterien im Strafrecht . . . . .	292

3. Anknüpfungskriterien im Zivilprozeßrecht . . . . .	292
4. Anknüpfungskriterien im Steuer- und Wirtschaftsrecht . . . . .	292
III. Die Achtung fremder Hoheitsakte . . . . .	293
1. Das Problem . . . . .	293
2. Fremde Hoheitsakte im Falle ausschließlicher Kompetenz des handelnden Staats . . . . .	294
a) Die grundsätzliche Pflicht zur Respektierung des fremden Hoheitsakts . . . . .	294
b) Die Ausnahme der Völkerrechtswidrigkeit des Hoheitsakts . . . . .	294
c) Die Ausnahme des Verstoßes gegen den inländischen ordre public . . . . .	295
3. Fremde Hoheitsakte im Falle nicht-ausschließlicher Kompetenz . . . . .	296
a) Das Problem . . . . .	296
b) Die Pflicht zur Interessenabwägung . . . . .	297
c) Der völkerrechtliche Schutz des Individuums . . . . .	297
4. Die Spaltungstheorie . . . . .	298

**7. Teil. Die Grundprinzipien des Völkerrechts für das friedliche Zusammenleben der Staaten und ihre Sicherung im Recht der Bundesrepublik Deutschland**

<b>18. Kapitel. Die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten . . . . .</b>	<b>299</b>
§ 59. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit . . . . .	299
§ 60. Das Gebot der Achtung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit eines Staates . . . . .	300
I. Der Souveränitätsaspekt . . . . .	300
1. Das Recht auf Achtung der völkerrechtlichen Existenz . . . . .	300
2. Das Recht auf Achtung der Ehre . . . . .	301
3. Die Sicherung im deutschen Recht . . . . .	301
II. Der Gleichheitsaspekt: Die Staatenimmunität . . . . .	302
1. Die Immunität des fremden Staates . . . . .	302
a) Die Staatenimmunität im gerichtlichen Erkenntnisverfahren . . . . .	302
b) Die Staatenimmunität in der Zwangsvollstreckung . . . . .	304
c) Die Stellung fremder Staatsunternehmen . . . . .	304
d) Die Geltung der völkerrechtlichen Immunitätsregeln im deutschen Recht . . . . .	304
e) Der fremde Staat als Kläger . . . . .	305
2. Die Immunität fremder Staatsorgane . . . . .	305
a) Die grundsätzliche Regelung im Völkerrecht . . . . .	305
b) Ausnahmen des Immunitätsgrundsatzes . . . . .	306
§ 61. Die Achtung der territorialen Souveränität und der Gebietshoheit . . . . .	308
I. Die Achtung der territorialen Souveränität . . . . .	308
II. Die Achtung der Gebietshoheit . . . . .	308
1. Der Grundsatz . . . . .	308
2. Das Verbot grenzüberschreitender Einwirkungen . . . . .	309
a) Das Verbot von Gewaltakten . . . . .	309
b) Das Verbot grenzüberschreitender Immissionen . . . . .	309

c) Das Verbot der Vornahme von Hoheitsakten im fremden Staatsgebiet .....	310
§ 62. Das Interventionsverbot .....	312
I. Die Rechtsgrundlage .....	312
II. Der Interventionstatbestand .....	312
<b>19. Kapitel. Die völkerrechtliche Friedenssicherung .....</b>	<b>313</b>
§ 63. Das System der völkerrechtlichen Friedenssicherung .....	313
I. Der völkerrechtliche Friedensbegriff .....	314
II. Das System der kollektiven Sicherheit .....	315
1. Die Entwicklung des Systems der kollektiven Sicherheit bis zur Gründung der Vereinten Nationen .....	315
2. Das System der kollektiven Sicherheit in der UN-Charta .....	316
§ 64. Das Gewaltverbot der UN-Charta .....	317
I. Das in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta normierte Gewaltverbot .....	318
1. Art. 2 Nr. 4 UN-Charta als ius cogens .....	318
2. Der Gewaltbegriff in Art. 2 Nr. 4 UN-Charta .....	318
3. Die Beschränkung des Gewaltverbots auf die „internationalen Beziehungen“ .....	319
II. Ausnahme der „humanitären Intervention“? .....	320
III. Die verfassungsrechtliche Sicherung des Gewaltverbots .....	321
1. Die spezielle Vorschrift des Art. 26 Abs. 1 GG .....	321
2. Das geschützte Rechtsgut .....	322
3. Die verbotenen Handlungen .....	323
4. Die Rechtsfolgen .....	324
§ 65. Kollektive Maßnahmen der Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen .....	325
I. Die kollektiven Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII UN-Charta .....	325
1. Die Befugnisse des Sicherheitsrats .....	325
a) Die Kompetenz zu bindenden Beschlüssen .....	325
b) Die Anordnung nicht-militärischer Sanktionen .....	326
c) Die Anordnung militärischer Maßnahmen .....	326
2. Die Befugnisse der Generalversammlung .....	327
3. Regionale Systeme der kollektiven Sicherheit .....	327
II. Die „friedenserhaltenden Operationen“ der Vereinten Nationen ..	328
III. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedenssichernden Kollektivmaßnahmen der Vereinten Nationen ..	329
1. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an kollektiven Zwangsmaßnahmen .....	329
a) Die Teilnahme an Maßnahmen nicht-militärischer Art .....	329
b) Die Teilnahme an Maßnahmen militärischer Art .....	331
2. Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an „peace-keeping operations“ .....	332
§ 66. Das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung .....	333
I. Das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Art. 51 UN-Charta .....	333
II. Militärische Terrorismusbekämpfung als Selbstverteidigung? .....	335
III. Kollektive Selbstverteidigung und Friedenssicherung .....	336
1. Kollektive Selbstverteidigung und Beistandspakte .....	337

2.	Der Nordatlantik-Vertrag . . . . .	337
a)	Die Ziele des Vertrags . . . . .	337
b)	Der organisatorische Aufbau der NATO . . . . .	340
c)	Die Streitkräfte der NATO . . . . .	340
3.	Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU . . . . .	340
a)	Die Aufgabe . . . . .	340
b)	Organisationsstrukturen . . . . .	342
c)	Verhältnis zur NATO . . . . .	342
IV.	Die verfassungsrechtliche Regelung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Bündnis . . . . .	342
1.	Die verfassungsrechtliche Grundlage des Einsatzes deutscher Streitkräfte . . . . .	342
a)	Regierungskompetenz und parlamentarische Kontrolle . . . . .	342
b)	Die Funktion der „Feststellung des Verteidigungsfalles“ gemäß Art. 115 a GG . . . . .	343
2.	Der Übergang von Kommandogewalt auf Organe der NATO . . . . .	344
a)	Die verfassungsrechtliche Problematik . . . . .	344
b)	Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	344
§ 67.	Die Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als regionales System der kollektiven Sicherheit nicht-militärischer Art . . . . .	344
I.	Historische Entwicklung . . . . .	344
II.	Aufgaben . . . . .	345
III.	Organe . . . . .	345
IV.	Besonderheiten . . . . .	346
§ 68.	Die völkerrechtliche Repressalie . . . . .	346
I.	Repressalie und Retorsion . . . . .	346
II.	Voraussetzungen der Repressalie . . . . .	347
III.	Innerstaatliche Voraussetzungen für die Durchführung der Repressalie . . . . .	348
1.	Die Entscheidungskompetenz . . . . .	348
2.	Die Vollzugskompetenz für einzelne Maßnahmen . . . . .	348
a)	Maßnahmen im zwischenstaatlichen Bereich . . . . .	348
b)	Der Vollzug durch Setzung staatlichen Rechts . . . . .	348
c)	Sonderregeln der Europäischen Union . . . . .	349
3.	Voraussetzungen und Grenzen des Vollzugs im innerstaatlichen Bereich . . . . .	349
a)	Die Beachtung völkerrechtlicher Vorschriften . . . . .	349
b)	Bestimmungen des Europarechts . . . . .	349
c)	Bestimmungen des Verfassungsrechts . . . . .	349
IV.	Die Retorsion . . . . .	350
§ 69.	Abrüstung und Rüstungskontrolle . . . . .	350
I.	Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung im allgemeinen Völkerrecht und im Grundgesetz . . . . .	351
1.	Allgemeines Völkerrecht . . . . .	351
2.	Die Haltung des Grundgesetzes . . . . .	351
II.	Besondere Vertragspflichten der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	352
1.	Universelle Übereinkommen über Rüstungsbeschränkungen . . . . .	352

2.	Rüstungsbeschränkung im Rahmen der OSZE . . . . .	353
3.	Zwei-plus-Vier-Vertrag . . . . .	353
§ 70.	Das Gebot der friedlichen Streiterledigung . . . . .	353
I.	Die völkerrechtliche Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung . . . . .	354
II.	Insbesondere: Die richterliche Streitentscheidung . . . . .	355
1.	Richterliche Streitentscheidung und Staatenkonflikt . . . . .	355
a)	Die Rolle der richterlichen Streitentscheidung im internationalen Konflikt . . . . .	355
b)	Das Fehlen eines Obligatoriums . . . . .	355
c)	Gericht und Schiedsgericht . . . . .	355
2.	Die Streitentscheidung durch den Internationalen Gerichtshof . . . . .	355
a)	Rechtsgrundlage und Zusammensetzung . . . . .	355
b)	Die Zuständigkeit des Gerichtshofs . . . . .	356
3.	Streitentscheidung durch Gerichte für bestimmte Sachbereiche . . . . .	357
III.	Die Pflicht zur friedlichen Streiterledigung nach deutschem Recht . . . . .	357
1.	Die allgemeine Pflicht zur friedlichen Streiterledigung . . . . .	357
2.	Die Vorschrift des Art. 24 Abs. 3 GG . . . . .	358
<b>20. Kapitel.</b>	<b>Der internationale Menschenrechtsschutz</b> . . . . .	<b>358</b>
§ 71.	Rechtsgrundlagen und Verwirklichung des internationalen Menschenrechtsschutzes . . . . .	358
I.	Die Rechtsgrundlagen . . . . .	359
II.	Grundsätzliche Fragen der Verwirklichung von Menschenrechten im internationalen Bereich . . . . .	360
1.	Die Konkretisierung universell garantierter Menschenrechte . . . . .	360
2.	Die Kontrolle der Achtung der Menschenrechte . . . . .	360
§ 72.	Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 . . . . .	361
I.	Allgemeines . . . . .	362
II.	Der Katalog der Menschenrechte und Grundfreiheiten . . . . .	363
III.	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte . . . . .	364
1.	Die Aufgabe . . . . .	364
2.	Die Richter . . . . .	364
3.	Die Entscheidungsgremien . . . . .	364
IV.	Entscheidungsbegehren . . . . .	365
1.	Arten . . . . .	365
2.	Zulässigkeit der Beschwerde . . . . .	365
V.	Das Verfahren . . . . .	366
VI.	Die EMRK im deutschen Recht . . . . .	367
1.	Allgemeines . . . . .	367
2.	Die Rangproblematik . . . . .	367
<b>21. Kapitel.</b>	<b>Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz</b> . . . . .	<b>370</b>
§ 73.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker . . . . .	370
I.	Grundlagen . . . . .	370
II.	Inhalt . . . . .	370

III. Schranken .....	371
IV. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes .....	371
§ 74. Der völkerrechtliche Minderheitenschutz .....	372
I. Allgemeines .....	373
II. Die völkerrechtliche Regelung .....	374
1. Universeller Minderheitenschutz .....	374
2. Regionaler Minderheitenschutz .....	375
3. Bilateraler Minderheitenschutz .....	376
III. Minderheitenschutz in Deutschland .....	376
1. Begriffsbestimmung .....	376
2. Gesetzlicher Schutz bestehender Minderheiten .....	377
a) Bund .....	377
b) Bundesländer .....	377
Stichwortverzeichnis .....	379